

## Buchbesprechungen

Gerhard Loewenberg

### Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen 1969, 584 S., Ln.  
65,— DM, Paperback 44,— DM.

Erich Hübner, Heinrich Oberreuter, Heinz  
Rausch (Hrsg.)

### Der Bundestag von innen gesehen

24 Beiträge. Mit einem Vorwort von Hans Maier.  
R. Piper und Co Verlag, München 1969, 310 S., Piper-  
Paperback 14,80 DM.

Walther **Keim** (Hrsg.)

### Der Deutsche Bundestag 1949—1969

Eine Bestandsaufnahme. 2. Auflage. Boldt Verlag  
R. Dünnhaupt KG, Bonn-1969, 104 S.

*Gerhard Loewenbergs* erstmals 1967 in den USA veröffentlichtes Werk ist die bisher umfassendste Monographie des Deutschen Bundestags. Folgende Aspekte des westdeutschen Parlamentarismus dienen Loewenberg als Gliederung seiner Arbeit:

Der Rekrutierungsprozeß der Abgeordneten; Organisation und Arbeitsweise des Bundestags; die Regierungsbildung; der Gesetzgebungsprozeß; die Repräsentationsfunktion des Bundestags.

Der Einfluß der „political culture“, d. h. des Systems politischer Begriffe und handlungsleitender Normen, auf die Ergebnisse parlamentarischer Arbeit wird von Loewenberg durch die Herausarbeitung der traditionellen Komponenten deutschen Politik- und Parlamentarismus analysiert. Kein Zufall ist zum Beispiel die Überrepräsentation sowohl von Beamten als auch von Verbandsvertretern im Bundestag: Da Deutschland das goldene Zeitalter des liberalen Parlamentarismus nicht erlebte, erfolgt die Auswahl der Abgeordneten-

kandidaten unter anderen Aspekten als etwa in England. In der Bundesrepublik konkurrieren politische Vorstellungen aus ständestaatlicher Zeit (z. B. das vorsichtige Ausbalancieren von Listen und Gremien nach Verbands- und regionalen Gesichtspunkten) mit politischen Vorstellungen aus der Zeit des wilhelminischen Obrigkeitsstaats (wichtiges Beispiel: der Gedanke, daß ein Beamter einen besonders guten Abgeordneten abgibt).

Die ganz anderen angelsächsisch-liberalen Parlamentarismustraditionen produzieren auch einen anderen Typ des Abgeordneten, nämlich den rhetorisch geschulten, mit hoher Allgemeinbildung ausgestatteten Parlamentarier, dessen Existenz die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament seiner nach Loewenberg wichtigsten Aufgabe, der der Repräsentation, nachkommen kann. Loewenberg sieht in den deutschen politischen Traditionen Hinderungsgründe dafür, daß der Bundestag seine Aufgabe als Repräsentationsorgan, als Forum der Nation mit expressiven, behelrenden und informierenden Funktionen wahrnimmt.

Statt dessen steht der Bundestag im Ruf, langweilige, bis in alle Einzelheiten vorbereitete Debatten zu bieten, in denen Deklamation vorherrscht, Spontaneität gering erachtet wird, während in den Hinterzimmern der Ausschüsse eine parlamentarische Gegenbürokratie, durchsetzt mit den einschlägigen Interessenvertretern („Verbandsfärbung“ der Ausschüsse), mit Bienenfleiß meist unwesentliche Änderungen an den von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwürfen vornimmt.

Dieses Bild wird im wesentlichen von Loewenberg bestätigt; leider konnten Erfahrungen mit der kurz vor Ende der fünften Legislaturperiode durchgeführten „kleinen Parlamentsreform“ (Stärkung der Stellung von Opposition und Ausschüssen; Versuche, die Plenardebatte lebendiger zu gestalten) nicht mehr verarbeitet werden. Loewenberg sieht jedenfalls die von ihm als wesentlich erachtete Repräsentationsfunktion des Parlaments in der Bundesrepublik als gefährdet an.

Diese von Loewenberg als Maßstab gesetzte Repräsentationsfunktion muß nun ihrerseits nach ihrer politischen Funktion befragt werden. Eine Theorie des Parlaments, die dieses nur noch als Kommunikationsorgan zwischen Regierenden und Regierten gelten lassen will, nicht mehr als eine mit wesentlichen *Entscheidungsbefugnissen* ausgestattete Vertretung des Volkswillens, stellt eine Anpassung der Norm an die Wirklichkeit dar. Wenn Loewenberg schreibt: „Der Kommunikationsprozeß selbst kann einer interessierten Öffentlichkeit das Gefühl (sic!) des Zugangs zur Regierung vermitteln und damit Entscheidungen der Regierung eine günstige Aufnahme in der Öffentlichkeit verschaffen“ (S. 451), so haben wir hier das Eingeständnis, daß die Theorien von der

expressiven, behelrenden und informierenden Funktion des Parlaments nur dazu dienen, den Verlust an demokratischer Substanz zu verschleiern, den diese Institution und damit die Länder mit demokratischer Staatsform erlitten haben.

Die 25 Autoren, die in dem von *Hübner, Oberreuter* und *Rausch* herausgegebenen Band versammelt sind, waren gebeten worden, zu fünf Themen Stellung zu nehmen: Parlament und Abgeordneter (*Karl Moersch, Günther Müller, Josef Ertl*); Organisation und Arbeitsweise des Bundestags (*Walter Althammer, Manfred Schulte, Martin Hirsch, Robert Schelp, Will Rasner, Ernst Majonica, Rudolf Kabel*); der Bundestag im politischen Prozeß (*Hermann Schmitt-Vockenhausen, Manfred Abelein, Joseph Bücker, Heinrich Köppler, Hansjörg Häfele, Hans-Joachim von Merkatz, William Borm*); Parlament und Öffentlichkeit (*Wolfram Dorn, Kai-Uwe von Hassel, Werner Banse, Gerhard Orgass, Fritz Sängler*); Reform oder was sonst? (*Hugo Collet, Hans Friderichs*).

Der politische Substanzverlust heutiger Parlamente wird am ehesten den „Hinterbänkern“ bewußt. Abgeordnete, die nicht zur Führung ihrer Fraktion gehören, beklagen sich über mangelndes politisches Gewicht vis-à-vis Regierung, Ministerialbürokratie, Verbänden und Fraktionsspitzen. Bezeichnend dafür ist der Beitrag Dr. *Günther Müllers* (SPD): „Dreiklassenparlament in Bonn? — Zur Stellung der Abgeordneten im Bundestag“ Müller gehört zu denjenigen Parlamentariern, die sich für die Einführung von Abgeordneten-Assistenten eingesetzt haben, um das „einfache“ Bundestagsmitglied gegenüber den mit Personal und Sachmitteln reichlich ausgestatteten Fraktionsspitzen und Verbandsvertretern nicht ganz ins Hintertreffen geraten zu lassen.

*Heinrich Köppler* (CDU) tritt ein für die verstärkte Institutionalisierung der parlamentarischen Opposition, der die Aufgaben der Kritik und Kontrolle zufallen, die nach der ursprünglichen Theorie der Gewaltenteilung dem Parlament als ganzem zukamen. „Kritik und Kontrolle“ als Aufgabe des Parlaments ist jedoch bereits eine erhebliche Einschränkung der ursprünglichen politischen Autonomie der Legislative. Für deren Rückgewinnung plädiert der ehemalige Bundesgeschäftsführer der FDP, Dr. *Hans Friderichs*:

„Nur wenn das Parlament substantiell wieder politischer wird, wenn es alternativ-politische Positionen bietet, wird es auch endlich wieder dazu in der Lage sein, zukunftsgestaltende politische Konzeptionen zu entwickeln.“ (S. 294)

Friderichs schlägt vor, die Gesetzesinitiative der Regierung einzuschränken, sicherlich

der einschneidendste Vorschlag, der in diesem Buch gemacht wird. Ob er allein allerdings die Degeneration der Volksvertretung „zum administrativen Organ der Planungsstäbe von Parteigremien und Regierung“ (Professor *Hans Maier* im Vorwort) verhindern kann, ist zweifelhaft; Fnderichs schlägt weiter die Demokratisierung des Willensbildungsprozesses durch Vorwahlen und Volksbegehren vor. Zu dieser Erweiterung formaler Partizipationsmöglichkeiten müßte freilich die Demokratisierung der unmittelbaren Lebensbereiche (Arbeitsplatz) treten, um sie für den einzelnen auch inhaltlich bedeutungsvoll werden zu lassen.

\*

Die von *Walther Keim* herausgegebene „Bestandsaufnahme“ des Bundestags von 1949 bis 1969 kann schon vom Umfang her nicht dem Anspruch dieses Untertitels gerecht werden. Unter den acht Autoren versucht einzig der CSU-Abgeordnete *Abelein* eine Übersicht über die fünf Legislaturperioden zu geben, mehr als eine Aufzählung der wichtigsten Gesetzeswerke gelingt ihm jedoch nicht. Ein Stück Information aus erster Hand über die tägliche Arbeit eines Volksvertreters liefert *Karl Moersch* (FDP) in seinem Beitrag „Meine Woche in Bonn“.

*Peter Schindler*, Mitarbeiter der wissenschaftlichen Abteilung des Bundestags, bemüht sich um eine Auseinandersetzung mit der Parlamentarismusproblematik. Sein Fazit: Im Bundestag fallen zwei wesentliche Strukturelemente liberaler Demokratie auseinander: es gibt Diskussion ohne Öffentlichkeit und Öffentlichkeit ohne Diskussion. Ob die Verlagerung der Pressekonferenzen der Bundesregierung in das Plenum des Bundestags, wie es der Journalist *Günther Gillessen* vorschlägt, wieder zum Zusammentreffen dieser Prinzipien im Plenum führen würde, ist angesichts der zunehmenden Tendenz des nichtöffentlichen Vollzugs der Entscheidungen zweifelhaft.

*Claudia Pinl*

Wolfgang Behr

### Sozialdemokratie und Konservatismus

Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. Hannover 1969. 298 S., brosch. 32,—DM.

Bevor der Autor seinen Untersuchungsgegenstand direkt angeht, unterzieht er sich der Mühe einer theoretischen Positionsangabe und reflektiert das seinem theoretischen Bezugsrahmen entsprechende methodische Instrumentarium. Er hält die isolierte, sich auf das „innere System“ beschränkende oder die bloß struktu-

rell-formal vergleichende Parteianalyse für unzulänglich und möchte Programmatik und Politik einer Partei in ihren allgemeinen Interdependenzrelationen, also im Zusammenhang mit dem „äußeren System“ untersucht wissen. Historisch-chronologisches, strukturell-analytisches und funktionale Beziehungen darlegendes Verfahren sollen in einem bestimmten, auf den Gegenstand bezogenen Zusammenhang angewendet werden.

Parteien im Zusammenhang und in Wechselbeziehung mit ihrer Umwelt zu untersuchen, erscheint dem, der seinen Gegenstand auch mit praktischen Erfahrungen ausgestattet zu untersuchen gewohnt ist, eine platte Selbstverständlichkeit. Aber sicher sollte man dem Verfasser dankbar sein, daß er sich der Anstrengung unterzogen hat, diese Selbstverständlichkeit auf Begriffe zu bringen; es wäre nicht das erste Mal, daß eine Selbstverständlichkeit erst in ihrer abstrakt begrifflichen Verkleidung von der Wissenschaft als relevant angenommen wird.

Den gewählten theoretischen Rahmen am Beispiel der Rolle einer im Vorverständnis progressiven Partei wie der SPD in einem in mehrfacher Beziehung als konservativ ausgewiesenen Milieu wie dem bayerischen zu erproben, erscheint auf den ersten Blick besonders fruchtbar, der zweite zeigt freilich auch, daß der Verfasser z. T. jedenfalls Gefangener dieses Rahmens geworden ist.

Behr kommt zu dem Ergebnis, daß die SPD in Bayern in dem von ihm behandelten Zeitraum 1945 bis 1950 vergleichbar der Gesamtpartei ihre Programmatik nicht verwirklichen konnte: Weder die an den königlich-bayerisch-sozialdemokratischen Reformismus *Vollmars* anknüpfende Strategie *Wilhelm Hoegners* 1945/46, noch *Knoeringens* Anpassungskurs an die Gesamtpartei seit 1947 habe verhindern können, daß die SPD ineffektiv und einflußlos gegenüber der CSU wurde, obwohl die Ausgangslage für sie 1945 nicht ungünstig war. Die SPD stand — so etwa lautet Behrs Untersuchungsergebnis — im Hinblick auf ihre Struktur, ihre Programmatik und Politik im Gegensatz zur sozialstrukturellen und kulturellen Gesamtkonstellation in Bayern. Seine Prognose lautet, daß es der SPD in Bayern trotz inzwischen geleisteter strukturell-organisatorischer und programmatisch-politischer Anpassungen an Wandlungen kaum aus eigener Anstrengung gelingen wird, den politischen Willensbildungsprozeß zu ändern, daß es vielmehr dazu eklatanter und einsehbarer Fehlleistungen der CSU bedürfe.

Obwohl es keineswegs angesichts der starken Stellung der Spitzen der bayerischen Landespolitik auf eine falsche Personalisierung der Problematik hinauslaufen würde, soll hier nicht ausführlich diskutiert werden, daß Behr m. E. Rolle und Leistung weder von Hoegner noch von v. Knoeringen adäquat behandelt. Hoeg-

ner besaß immer — auch (oder gerade?) als „schwieriger Außenseiter“ (wie er sich selbst sieht) — eine vielfach begründbare, wenn auch immer nur sporadisch sich manifestierende Integrations- und Stabilisierungswirkung für die Partei nach innen und gegenüber dem bayerischen Milieu nach außen; v. Knoeringen zeichnete wohl weniger — wie es der Autor sieht — politischer Pragmatismus aus als vielmehr die Fähigkeit, politisch-programmatische Innovationsprozesse auf einer noch nicht direkt politisch-pragmatisch vermittelten Ebene in Gang zu setzen.

Wesentlicher ist ein anderes Problem, weil es den Kern der Thesen des Verfassers über die bayerische SPD trifft, Thesen, die er abschließend zu einer „Theorie regionaler politischer Parteien im Rahmen einer allgemeinen Parteientheorie“ zu erweitern versucht. Behr stellt fest:

„Es ist selbstverständlich, daß eine Partei in einer Region oder Subregion nur ‚Volkspartei‘ werden kann, wenn es ihr gelingt, die regionale Sozialstruktur als Ganzes anzusprechen, und sie sich nicht nur auf spezifische Schichtungen und Gruppen beschränkt. Die offene Haltung einer politischen Partei gegenüber sozialen Gruppen und Individuen durch Programmatik, Propaganda und Politik führt dazu, daß diese Gruppen und Individuen sich den Normen der politischen Partei annähern.“ (S. 202).

Die Gefahr plan- und programmloser Anpassung an das jeweils Bestehende und doch gleichzeitig schon wieder im Wandel sich befindliche, defensiver Affirmation also, scheint doch als Preis für das Linsengericht bloßen Erfolges reichlich hoch, um solche These vorbehaltlos als Leitlinie der politischen Arbeit einer Partei zu empfehlen. Die bayerische SPD hat ohne gravierende Rückschläge bis in die Regionen des finstersten Bayerischen Waldes und in Bischofsstädte hinein dort reüssiert, wo die sozialstrukturellen Wandlungen und ihre — in Relation gesehen — progressive Programmatik konvergierten. Solche Konvergenz in beiden Richtungen zu forcieren, scheint mir die eine Aufgabe einer regionalen Partei, die andere: da, wo die zitierte Konvergenz noch nicht absehbar ist, gegen das Milieu unverdrossen aufklärerisch zu wirken — in diesem Sinne gewinnt der Begriff „Volkspartei“ sogar einen emanzipatorischen Wert.

In einer Hinsicht ist jedoch dem Untersuchungsergebnis des Verfassers und seiner Bemühung um die theoretische Fixierung dieser Ergebnisse voll zuzustimmen: Pluralistische (nicht etwa: verprovinzialisierte) Regionalisierung des Parteiensystems kann entgegen überwiegendem Theorieverständnis ein wesentlicher Faktor innerparteilicher Demokratisierung sein.

Dr. Helga Grebing

Frederic S. Burin / Kurt L. Shell (Hrsg.)

### Politics, Law, and Social Change Selected Essays of Otto Kirchheimer

Columbia University Press, New York and London 1969.  
483 S., 12,50 US-Dollar.

### Otto Kirchheimer Politik und Verfassung

Edition Suhrkamp Nr. 95, 1964. 185 S., 4,— DM. Otto

### Kirchheimer Politische Herrschaft

Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat. Edition Suhrkamp  
Nr. 220, 1967. 152 S., 4,— DM.

Im Verlag der Columbia University Press ist im vergangenen Jahr eine umfangreiche Sammlung von in Zeitschriften und Jahrbüchern verstreuten Arbeiten Otto Kirchheimers erschienen, des aus Deutschland stammenden Staatsrechtlers und Politikwissenschaftlers, zuletzt Professor an der Columbia Universität, viel zu früh durch Tod am 22. November 1965 aus intensiver Tätigkeit herausgerissen. Ein Teil dieser Arbeiten (acht von zwanzig, die der Band enthält) sind in deutsch in den gleichfalls oben bezeichneten Bändchen der Edition Suhrkamp enthalten. Auf den ersten dieser beiden Bände ist in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* schon früher hingewiesen worden.

Die ausführliche Bibliographie am Ende des Sammelbandes läßt die Fruchtbarkeit Kirchheimers und die Spannweite seiner Interessen erkennen. Es ist zu hoffen, daß noch mehr von ihm in Deutschland erscheinen wird. Sein großes Werk über die politische Justiz ist inzwischen zum viel benützten und viel zitierten Standardwerk geworden. Dieses Buch und die oben angezeigten verraten die selten gemeinsam auftretende Gabe, einerseits den Überblick über politische Sachverhalte und Entwicklungen zu geben und andererseits diese Sachverhalte kritisch zu durchdringen und zu analysieren.

Leider noch nicht auf deutsch erschienen ist ein schon 1939 in New York herausgekommenes, zusammen mit Georg *Rusche* verfaßtes Werk „Punishment and Social Structure“ (Strafe und Sozialstruktur), das den Zusammenhang des jeweiligen Strafsystems mit den ökonomischen Verhältnissen und Strukturen bloßlegt, ein Werk, in dem der Rezensent schon viel Interessantes gefunden hat.

Dem amerikanischen Sammelband ist eine Würdigung Kirchheimers durch *John H. Herz* und *Erich Hula* vorangestellt. Kirchheimer, der im Berlin der Weimarer Zeit, und zwar bei *Carl Schmitt* studiert hat, hat aus den trüben Weimarer Erfahrungen Zweifel am Parlamentarismus abgeleitet, und zwar aus demokratischen Gründen, sozusagen von links her, im

Unterschied zu seinem vielgewandten Lehrer, der sich in Richtung Präsidentialregierung und schließlich Diktatur von der Demokratie entfernte.

Die in den drei Bänden gesammelten Arbeiten sind recht verschiedenartig, sowohl nach ihren Themen wie nach dem Grad der Abstraktion und Konzentration, der die Lektüre gelegentlich erschwert; aber die Mühe lohnt sich durchaus. Von Amerika aus und auf zahlreichen Reisen hat Kirchheimer die deutsche politische und soziale Szene aufmerksam beobachtet und durchleuchtet, wobei er sein kritisches Interesse besonders der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zuwandte. (Er war nach dem Assessorexamen in Berlin eine Zeit lang Justitiar einer freien Gewerkschaft gewesen.)

Sehr scharfsinnig ist die (auch im Suhrkamp Band 220 enthaltene) erst nach dem Tode Kirchheimers erschienene Arbeit mit dem Titel „Deutschland oder der Verfall der Opposition“, die den schrittweisen Wandel von der „Opposition“ zur „Konkurrenz“ darstellt.

„Der zeitgenössische Wohlfahrtsstaat kann viele soziale Probleme lösen, ohne daß sich dadurch die Lage der konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen verschlechtert. Das mildert die Schärfe der alten, direkten Interessenkonflikte; es geht nun vor allem um Prioritäten hinsichtlich der zeitlichen Reihenfolge der Lösungen. Damit aber sind die politischen Parteien der Zwangslage enthoben, ihre Anstrengungen vor Wahlen auf bestimmte Gruppen konzentrieren, andere dagegen sich zum Gegner machen zu müssen; vielmehr können sie sich nun gleichzeitig um die Stimmen der verschiedenartigsten sozialen Schichten bemühen. Das bedeutet, daß die Parteien die Möglichkeit haben, ihre Politik ganz und gar nach den taktischen Erfordernissen des Augenblicks zu richten; auf ideologische Fernziele brauchen sie sich nicht mehr zu verpflichten.“

Die Rolle der eigentlichen Opposition mit abweichender Gesellschaftskonzeption wird auf einer Bühne außerhalb der Bundesrepublik, nämlich in der DDR gespielt.

„Die bloße Tatsache, daß es zwei einander ausschließende Herrschaftssysteme auf deutschem Boden gibt, verdreht jede Opposition in Opposition der beiden Systeme untereinander und raubt so den rein innenpolitischen Konflikten einen Teil ihrer Substanz und Bedeutung.“

Übrigens gewinnt diese Schrift (und die frühere über die „Wandlungen der politischen Opposition“ in Band 95 der Suhrkamp-Edition) durch den sogenannten „Machtwechsel“ des letzten Jahres und die Auffassung der CDU von ihrer Oppositionsrolle eine interessante Perspektive und, wie ich meine, auch Bestätigung.

Rein soziologisch ist die auch erst 1966 erschienene Arbeit „Privatmensch und Gesell-

schaft“, in der die menschlichen Beziehungen der verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenkategorien untereinander, zu ihrer Arbeit und zu ihren Vorgesetzten je nach ihrer Funktion und ihrer Stellung im Betrieb analysiert werden, im Anschluß an amerikanische und deutsche Forschungen. Kirchheimer stellt fest, daß die menschliche Freiheit des in der Industrie tätigen heutigen Menschen sich ausschließlich auf die Freiheit in der Konsumsphäre zurückgezogen hat und dort „so etwas wie eine Ersatzbefriedigung“ sei. Dies und die verschiedenen Formen der Isolierung, die die Arbeit im Betrieb mit sich bringe, hätten eine „Privatisierung der Existenz“ zur Folge, deren Abwandlungen und Wirkungen mit ebensoviel Scharfsinn wie Einfühlungsvermögen untersucht werden.  
*Dr. Richard Schmid*

Eberhard Schmidt

### Die verhinderte Neuordnung 1945—1952

Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1970. 244 S., kart. 15,— DM.

Es handelt sich in diesem Buch um die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch 1945. Dem Verfasser standen neben sonstiger einschlägiger Literatur ausgezeichnete, zum Teil erstmals ausgeschöpfte Quellen aus gewerkschaftlichen Archiven zur Verfügung, darunter der Nachlaß von *Heinrich Deist* und das von *August Enderle* kurz vor seinem Tode beim DGB-Bundesvorstand eingereichte Manuskript über den gewerkschaftlichen Neuaufbau seit 1945. Schmidt konnte auch mündliche Besprechungen mit damals stark beteiligten Persönlichkeiten durchführen.

Er schildert zunächst die Vorstellungen, die führende, 1945 sofort wieder aktive Gewerkschafter vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuaufbau hatten, und die großen Schwierigkeiten, die ihnen von den alle Macht in Händen haltenden Militärregierungen bereitet wurden. Das betrifft sowohl den organisatorischen Rahmen wie die wirtschaftlichen Forderungen. Die nach der Zulassung von Parteien selbst auf CDU-Tagungen beschlossene, von einem Teil derselben, darunter *Adenauer*, allerdings nur widerwillig akzeptierte Forderung nach einer Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum wurde besonders von der amerikanischen Besatzungsmacht immer wieder suspendiert, bis dann auch in der inzwischen gebildeten Bundesrepublik keine parlamentarische Mehrheit dafür zu haben war.

Eingehend werden die verschiedenen Gewerkschaftsansuchen und die vergeblichen

Hoffnungen auf die britische Labour-Party geschildert, die unter dem Druck ihrer finanziellen Abhängigkeit von den USA stand. Weiter wird dargelegt, wie auch die Forderung der überbetrieblichen Mitbestimmung in Wirtschaftsfragen im Sand verlief, und welches Ringen dem Montan-Mitbestimmungsgesetz sowie danach den, keineswegs den Gewerkschaftswünschen entsprechenden, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzen im öffentlichen Dienst vorausgegangen war. Mit dem Verzicht auf äußerste Kampfmittel gegen die beiden letztgenannten Gesetze ist laut Schmidt 1952 der entscheidende Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung zu verzeichnen; von da ab müsse von einem „systemkonformen Verhalten“, d. h. der Akzeptierung eines auf privatkapitalistische Basis gegründeten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, gesprochen werden. Auch die Haltung der Gewerkschaften zu den von den Alliierten geforderten Demontagen und zur Konzernentflechtung wird naturgemäß eingehend behandelt.

Schmidt legt nicht nur den West-Alliierten, sondern auch den Gewerkschaftsspitzen die vom gewerkschaftlichen Standpunkt rückläufige Entwicklung in der Bundesrepublik zur Last. Er sagt zwar selbst, daß die durch das Hitlerregime und die Kriegsniederlage verursachte Abhängigkeit von den Alliierten einen materiell und politisch „schwer übersteigbaren Rahmen“ bildete. Er zitiert auch die im Potsdamer Abkommen festgelegten Maßnahmen wie Produktionsverbote, Reparationen, Dezentralisierung u. a.

Aber er geht bei seiner Kritik an der Führung des DGB doch mit leichter Hand darüber hinweg und nimmt offenbar auch die Drohungen der Militärregierungen, bei Streiks und sonstigen Unruhen die Demontagen zu verschärfen, die sowieso viel zu geringen Lebensmittelrationen zu kürzen und sogar Truppen einsetzen zu wollen, nicht allzu ernst. Außerdem unterschätzt er die Tatsache, daß, trotz wiederholter Streiks, nach den furchtbaren Kriegserlebnissen, dem Terror des Hitlerregimes und einer zermürbenden Kriegsgefangenschaft für viele, eine politische Apathie weit verbreitet war, und daß die Sorgen um die tägliche Nahrung und eine einigermaßen erträgliche Unterkunft bei der großen Mehrheit der Bevölkerung alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängten.

Der Verfasser machte sich die Darstellung der Verhältnisse nur in den westlichen Besatzungszonen zur Aufgabe. Das erforderte indes auch Rückblenden auf die Situation in der sowjetisch besetzten Zone. Die Kritik, die an den westdeutschen Gewerkschaften geübt wird, wird hier nicht wiederholt. Als Beispiel sei nur die Behandlung der gewerkschaftlichen Interzonenkonferenzen angeführt, an denen bis zum Bruch im August 1948 auch der FDGB der Sowjetzone beteiligt war. Bei Schmidt sind an

diesem Bruch allein die westdeutschen Gewerkschaftsvertreter schuld. Daß der FDGB eindeutig nur ein Werkzeug der SED und ihrer politischen Absichten war, daß eine Resolution „Gewerkschaften und Demokratie“ von den FDGB-Vertretern abgelehnt wurde, weil sie auf die Entwicklung in der Sowjetzone nicht anwendbar sei, u. a. m. wird von Schmidt nicht als Manko aufgefaßt.

Er erwähnt Differenzen wegen Zulassung oder Nicht-Zulassung der Berliner UGO (vom FDGB abgespaltene „Unabhängige Gewerkschaftsorganisation“), sagt aber nicht, warum es zur Bildung der UGO gekommen war. Man lese nur nach, was neben anderen *Wolfgang Leonhard* oder *Erich Gniffke*, die die erste Nachkriegszeit „drüben“ aktiv miterlebten und sich absetzen konnten, über die damalige SED-Politik berichtet haben!

Schmidt kritisiert u. a. auch die Bejahung der *Marshallplan*-Hilfe durch die westdeutschen Gewerkschaften. Dieser Plan leitete eine wesentliche Lebenserleichterung für die westdeutsche Bevölkerung ein. Schmidt charakterisiert ihn lediglich als einen amerikanischen Versuch zur Eindämmung des — ohnehin schwachen — russischen Einflusses in den Westzonen. Damit, daß sie der Marshallplan-Hilfe zustimmten, hätten die westdeutschen Gewerkschaften im Grunde schon damals auf die von ihnen ursprünglich proklamierte Neuordnung verzichtet.

Bemerkenswert ist, was Schmidt an Hand von Protokollen und sonstigen Aussagen an frühen Auseinandersetzungen innerhalb des DGB in den verschiedenen Entwicklungsstadien berichtet. Das betrifft einmal das Verhältnis der Gewerkschaftsspitzen zur Mitgliedschaft und zu den Betriebsvertretern. Es betrifft zum andern ihr Verhältnis zum Parlament.

Als die Gewerkschaften, vor allem im Zusammenhang mit den Betriebsrätegesetzen, Kampfmaßnahmen sanktioniert hatten, gab es in der Bundesrepublik eine lebhaftige Debatte: Dürfen die Gewerkschaften das Parlament „unter Druck setzen“, oder ist das mit dem Grundgesetz unvereinbar? Große Beachtung fand damals ein Gutachten von Professor *W. Abendroth*, das u. a. besagte: Angesichts einer modernen Auffassung der Demokratie, wie sie sich im Zuge der Entwicklung der Massenparteien und beim Anwachsen der plebiszitären Momente der Demokratie durchgesetzt habe, könne nicht mehr behauptet werden, es sei verfassungswidrig, die Willensbildung im Volk dem Parlament nachdrücklich zur Kenntnis zu bringen.

*Hans Böckler* hatte sich in einer Auseinandersetzung mit *Adenauer* ausdrücklich auf das Recht einer wirksamen Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmerschaft bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Betriebsverhältnisse berufen und dabei insbesondere Artikel 9 des

Grundgesetzes in Anspruch genommen. *Fette*, der Nachfolger Böcklers, hat indes bei den Auseinandersetzungen 1952 erklärt:

„Der Wähler allein hat das Recht, durch die Abgabe seiner Stimme bei Wahlen die Zusammensetzung des Parlaments zu bestimmen und damit die parlamentarische Willensbildung zu beeinflussen.“

Diese Fragestellungen können auch in der Zukunft noch eine Rolle spielen.

Das Buch von E. Schmidt ist dank seiner Fülle dokumentarisch belegten Materials beachtenswert. Alle, die die damalige Zeit nicht bewußt miterlebten, sollten bei der Lektüre indes alles nachprüfen, was sich auf die Aktionen und Reaktionen in der Sowjetzone und DDR bezieht. In der Gewerkschaftspresse und in den Protokollen, die von Schmidt häufig zitiert werden, findet sich in dieser Beziehung eine reichhaltige Dokumentation.

Irmgard Enderle

Hans Dichgans/Ludwig Rosenberg/Walter Scheel/Helmut Schmidt

### Warum Mitbestimmung und wie?

Eine Diskussion. Herausgegeben von Heiner Radzio. Econ-Verlag, Düsseldorf 1970. Linson, 10,— DM.

Die Diskussion, aus der dieses Buch entstand, fand am 13. April 1969 statt. Die Funktionen aller Beteiligten im politischen bzw. öffentlichen Leben waren damals z. T. wesentlich andere als heute. Erwähnenswert ist deshalb, daß keiner der Beteiligten seine Diskussionsbeiträge zurückgezogen hat oder geändert wissen wollte.

Die Fragen, zu denen die Diskussionsteilnehmer Stellung nahmen, wurden vom Herausgeber ausgearbeitet. In der Mehrzahl erwecken sie den Eindruck, als ging es dem Herausgeber in der Hauptsache darum, Nachteile der Mitbestimmung aufzuspüren. Bezeichnenderweise fehlt z. B. die in diesem Zusammenhang wohl wichtige Frage, wie sich die Mitbestimmung auf das Bewußtsein der in mitbestimmten Unternehmen tätigen Arbeitnehmer ausgewirkt hat.

Die Diskussionsbeiträge machen — was allerdings nicht verwundern kann — deutlich, daß *Dichgans* und *Scheel* einer Erweiterung der Mitbestimmung reserviert gegenüberstehen, während *Rosenberg* und *Schmidt* sie befürworten.

*Dichgans* ist weniger ablehnend als *Scheel*, wenn er sagt: „Bewährt hat sich die Philosophie der Mitbestimmung, die menschliche Gleichberechtigung der Arbeitnehmer und deren Zustimmung zum Geschehen des Betriebes.“ An anderer Stelle sagt er: „Unsere hochspezialisierten und automatisierten Industrieunternehmen funktionieren nur, wenn sich die Arbeiter mitverantwortlich für den Gesamtablauf des Betriebes fühlen.“

*Rosenberg* widerlegt in seinen Beiträgen die meisten Einwände gegen die Mitbestimmung eindeutig. Aus seiner Kenntnis der Praxis der Mitbestimmung heraus erläutert er, wie die Mitbestimmung heute funktioniert und gibt ein objektives Bild ihrer Auswirkungen.

Dem Buch sind im Anhang Informationen zur Mitbestimmung beigegeben. U. a. werden die wichtigsten Punkte des Gutachtens der *Biedenkopf-Kommission* zur Mitbestimmung behandelt und Übersichten über verschiedene Mitbestimmungsmodelle gegeben. Kurze Biographien der Diskussionsteilnehmer schließen den Band ab.

Waldemar Block

Manfred Windfuhr

### Heinrich Heine

Revolution und Reflexion. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, Stuttgart 1969, 300 S., Ln. 29,80 DM.

Heinrich Heine, einst der bekannteste und meistgelesene Dichter deutscher Zunge, ist heute weitgehend unbekannt. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts hatte ein selbstgerechtes deutsches Bürgertum ihn, der als politischer Dichter ein scharfer Kritiker der Nationalitätsstüchtigen, kleinbürgerlichen geistigen Haltung seiner Landsleute gewesen war, erfolgreich diffamiert und verschwiegen; der Nationalsozialismus führte diese Entwicklung nur zu Ende. Heute, in einer Zeit, in der die deutsche Kultur nur noch unter ferner liefen existiert, beginnen einige einsichtige Geister — gegen den Widerstand der alten, noch immer wirkenden Kräfte — Heinrich Heine neu zu entdecken. Zu ihnen gehört der Düsseldorfer Germanist Manfred Windfuhr, der die historisch-kritische Gesamtausgabe des Heine-Werks betreut.

Wichtig für die Wiederbelebung Heines ist das Herausstellen des revolutionären Heine, der er auch als Romantiker gewesen ist. Windfuhr hat deshalb seine Gesamtdarstellung — seit über 30 Jahren von einem deutschen Autor die erste! — unter das Thema „Revolution und Reflexion“ gestellt.

Das Heinesche Werk ist gut gegliedert und übersichtlich; der Dichter hat trotz der Unregelmäßigkeiten in Leben und Oeuvre stets in beiden eine rationale Grundtendenz verfolgt. Die Distanz, die er zu sich selbst hatte, spiegelt sich in diesem Werk, das auch eine großartige Selbstdarstellung ist. Heine trachtete danach, auch politisch Einfluß zu nehmen. Daß ihm das gelungen ist, beweist die Gegnerschaft der Restauration und da nicht etwa nur subalterner Figuren, sondern es war *Metternich* höchstpersönlich, der nach der Lektüre Heines auf das Verbot seiner politischen Schriften drang.

Diese doppelte Modernität des Dichters: seine Selbstdarstellung als einer öffentlichen

Person in Gesellschaft und Politik macht Heine aktuell, zumal er auch formal und stilistisch ein Experimentator war, und immer ein glänzender! Er haßte Unkunst und Schlamperei, die sich im nachachtundvierziger Deutschland als genialisch gerierten. Als ein Meister des Nuancierten und Differenzierten war ihm jedwede Gleichmacherei ein Greuel. Dennoch hat er bis in seine letzten Jahre die Losung der französischen Revolution auf Freiheit und Gleichheit als realisierbar angesehen.

Seine Wandlung vom Atheisten zu einem Gott anerkennenden Geist stellt Windfuhr nicht als die Wandlung eines Revolutionärs zum Reaktionär dar, sondern als aus der Einsicht in die Grundlagen unserer Kultur sich ergebend, deren Aufgabe Heine in der Vereinigung von Spiritualismus und Griechentum sah. Gott trägt daher für ihn am Ende seines Lebens jüdische, protestantische, katholische und antike Züge. „Es ist ein persönlicher Synkretismus“, sagt Windfuhr.

Die verständlich geschriebene Darstellung Heines durch Windfuhr ist geeignet, die junge Generation, die von Heine nichts weiß, zu diesem großen deutsch-jüdischen Dichter hinzuführen.

*Anne-Marie Fabian*

Heinz Haber

## Brüder im All

Die Möglichkeit des Lebens auf fremden Welten. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970. 136 S., 60 farbige Abb., Ln. 19,80 DM.

Die Frage, ob es Leben auf anderen Sternen, gibt, beschäftigt besonders seit Beginn der bemannten Raumfahrt die Phantasie vieler Menschen. Mit diesem Buch von Prof. Haber liegt nun eine wissenschaftlich fundierte, aber trotzdem allgemeinverständliche Untersuchung dieser Frage vor. Um die Voraussetzungen der Entstehung organischen Lebens, wie wir es kennen, deutlich zu machen, geht Haber ausführlich auf die Entstehung und Entwicklung des Lebens auf der Erde ein.

Man kann annehmen, daß es viele dem unseren ähnliche Planetensysteme gibt, die diese Voraussetzungen bieten und wo in vielen Fällen daher auch Leben entstanden ist. Ein amerikanischer Versuch, mit anderen Zivilisationen durch Radiosignale Kontakte aufzunehmen, ist bisher allerdings erfolglos geblieben. Das Buch ist ausgezeichnet ausgestattet und kann allen an diesem Thema Interessierten empfohlen werden.

*Waldemar Block*